

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): Der Seniorenrat ist nichts weiter als ein linker Club auf Kosten der Steuerzahler!

Am 1. April 2004 wurde die umgewandelte Motion, welche ein Reglement für einen Seniorenrat und die dafür notwendigen Voraussetzungen verlangte, als Postulat vom Stadtrat stillschweigend überwiesen. Diese Forderung stiess beim Parlament und beim Gemeinderat auf nicht all zu grosse Gegenliebe, aber man war bereit, dieses Anliegen zu prüfen. Wie es aber meistens ist, wenn ein Vorstoss von der „richtigen Seite“ kommt, er wird nicht nur geprüft, sondern auch noch umgesetzt.

Der Seniorenrat ist im Grund der Dinge nichts anderes als eine vorberatende Kommission, welche Vernehmlassungen verfasst und sich zu gewissen Themen äussert. Aber verbindliche Beschlüsse können in diesem Rat gemäss Reglement nicht gefasst werden.

Der Seniorenrat will dazu beitragen, dass die ältere Generation in Politik und Verwaltung ihrer Bedeutung entsprechend Gewicht erhält und ihre Anliegen zur Kenntnis genommen und umgesetzt werden.

Im Grund der Dinge ist diese Kommission nicht unbedingt nötig, aber wenn man sie sich leisten kann?! Leider gibt es bei dieser Kommission einen bitteren Nachgeschmack. Zum wiederholten Male versuchen Parteien nebenbei einen Partei- und Eigeninteresseclub auf Kosten von Steuergeldern aufzubauen! Wie sonst ist es erklärbar, dass man zum Beispiel statt einem Parteimitglied gleich 3 eingeschriebene Mitglieder unter dem Deckmantel eines Verbandes oder eines anderen Interessenverbandes stellt?

So wie es aussieht, ist dieser Kommission das politische Gleichgewicht egal und den Gemeinderat scheint dies auch nicht zu interessieren!

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, entweder beim Seniorenrat für eine korrekte Ausgeglichenheit der Interessen und Vertretungen von Verbänden und Parteien zu sorgen oder aber, wenn dies nicht möglich sein sollte, den Seniorenrat per sofort aufzulösen!

Bern, 10. Mai 2007

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Peter Bernasconi, Thomas Weil, Ueli Jaisli, Erich J. Hess, Manfred Blaser, Simon Glauser, Ernst Stauffer

Antwort des Gemeinderates

Der Motion kommt der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Gemeinderat hat in seinem Bericht vom 16. März 2005 zum Postulat Fraktion SP/JUSO (Liselotte Lüscher, SP): Ein Seniorenrat für die Stadt Bern die Möglichkeiten der politischen und sachlichen Partizipation der älteren Generation aufgezeigt. Der Bericht kam zum Schluss, dass der Wunsch nach einem Rat für Senioren und Seniorinnen in der Stadt Bern verständlich ist und einem Bedürfnis entspricht. Der Gemeinderat hat sich deshalb bereit erklärt, eine beratende Kommission mit diesem Namen einzusetzen, die den Gemeinderat auf dem Weg zu einer altersgerechten Stadt berät und unterstützt und sich klar von der Fachkommission für

Altersfragen abgrenzt. Er hat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport beauftragt, die Einsetzung eines Rats für Seniorinnen und Senioren für die Stadt Bern vorzubereiten.

Am 12. Dezember 2005 wurde das Konsultationsverfahren zum geplanten Rat für Seniorinnen und Senioren unter Einbezug sämtlicher Parteien und Altersinstitutionen eröffnet. Unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 12. Juli 2006 die Verordnung über die Kommissionen des Gemeinderats entsprechend angepasst und um den Rat für Seniorinnen und Senioren ergänzt.

Mit Schreiben vom 21. August 2006 wurden politische Parteien und Altersorganisationen eingeladen, bis Ende September 2006 ein bis zwei Personen zu melden, welche an einer Mitarbeit im Rat für Seniorinnen und Senioren interessiert sind. Gleichzeitig wurden mittels einer öffentlichen Ausschreibung im Stadtanzeiger vom 25. August 2006 weitere Interessierte angesprochen. Alle Personen, die sich gemeldet hatten, wurden zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, die am 26. Oktober 2006 auf dem Gurten stattfand. Für eine definitive Kandidatur war es notwendig, bis am 10. November 2006 ein ausgefülltes Anmeldeformular mit verschiedenen Angaben einzureichen.

Der Gemeinderat hat im Dezember 2006 die Mitglieder des Rats für Seniorinnen und Senioren gewählt. Aus über 30 Interessierten hat er 15 Personen ausgewählt und dabei folgende Kriterien berücksichtigt:

- Die Vertretung der drei vorgegebenen Gruppen (Parteien, Altersorganisationen, weitere Interessierte) zu gleichen Teilen,
- 50%-Quote der Geschlechter,
- mindestens eine Person mit Migrationshintergrund,
- angemessene Vertretung der Stadtteile.

Die Parteizugehörigkeit wurde in diesem Rahmen mitberücksichtigt.

Der Rat für Seniorinnen und Senioren ist sich seines Status als Fachgremium bewusst und will seine Aufgabe dementsprechend wahrnehmen. Er ist dezidiert der Meinung, dass seine Existenz einem tatsächlichen Bedürfnis entspricht, und will sich bewusst nicht parteipolitisch, sondern sachbezogen engagieren.

Der Gemeinderat unterstützt diese Haltung und weist auf die demografische Entwicklung hin. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird auch in Bern der Anteil älterer und betagter Menschen an der Bevölkerung steigen und seine berechtigten Ansprüche an eine Stadt von hoher Lebensqualität stellen. Der Rat für Seniorinnen und Senioren trägt dazu bei, die städtische Alterspolitik mit einem partizipativen Ansatz umzusetzen und damit eine wichtige Zielsetzung des städtischen Alterskonzepts zu erfüllen.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass er mit der Wahl der Mitglieder des Rats für Seniorinnen und Senioren eine ausgewogene Zusammensetzung getroffen hat. Bei einer zukünftigen Vakanz wird der Gemeinderat – abhängig von der zur Auswahl stehenden Kandidaturen – selbstverständlich bemüht sein, das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Kriterien beziehungsweise Anspruchsgruppen zu erhalten bzw. noch weiter zu verbessern. Es besteht seines Erachtens kein Grund zur Auflösung des Rats für Seniorinnen und Senioren.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 19. September 2007

Der Gemeinderat